



2022/2183(INI)

17.11.2022

ENTWURF EINES BERICHTS

über die Gewährleistung der Ernährungssicherheit und der langfristigen
Widerstandsfähigkeit der Landwirtschaft in der EU
(2022/2183(INI))

Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Berichterstatlerin: Marlene Mortler

INHALT

	Seite
ENTWURF EINER ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS	3
BEGRÜNDUNG.....	9

ENTWURF EINER ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

zur Gewährleistung der Ernährungssicherheit und der langfristigen Widerstandsfähigkeit der Landwirtschaft in der EU (2022/2183(INI))

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf den Umsetzungsbericht über die Gewährleistung der Ernährungssicherheit und der langfristigen Widerstandsfähigkeit der Landwirtschaft in der EU;
- unter Hinweis auf Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und auf Artikel 11 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, in denen das Recht auf Nahrung als Teil des Rechts auf einen angemessenen Lebensstandard anerkannt wird;
- unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 3. Oktober 2012 mit dem Titel „Ein EU-Konzept für Resilienz: Lehren aus Ernährungssicherheitskrisen“ (COM(2012)0586);
- unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 23. März 2022 mit dem Titel „Gewährleistung der Ernährungssicherheit und Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Ernährungssysteme“ (COM(2022)0133);
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 24. März 2022 zu dem Erfordernis eines vordringlichen Aktionsplans der EU zur Sicherstellung der Ernährungssicherheit inner- und außerhalb der EU in Anbetracht des russischen Einmarschs in die Ukraine;
- unter Hinweis auf die Berichte über das Thema „The state of food security and nutrition in the world“ (Lebensmittelsicherheit und Ernährung in der Welt – Sachstand), den Globalen Bericht über Nahrungsmittelkrisen und den Welternährungsbericht einschließlich der Ausgabe 2021, der Leitlinien zum Recht auf Nahrung der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), die Freiwilligen Leitlinien zu Nahrungsmittelsystemen und Ernährung des FAO-Ausschusses für Welternährungssicherheit, den zehn Elementen der Agroökologie als Leitlinien für den Übergang zu nachhaltigen Lebensmittel- und landwirtschaftlichen Systemen („10 elements of agroecology, guiding the transition to sustainable food and agricultural systems (FAO)“) und den Aktionsrahmen für Ernährungssicherheit und Ernährung in lang anhaltenden Krisen („Framework for Action for Food Security and Nutrition in Protracted Crises“) von 2014;
- unter Hinweis auf die Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 25. September 2015 mit dem Titel „Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“;

- unter Hinweis auf die Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 1. April 2016 mit dem Titel „Aktionsdekade der Vereinten Nationen für Ernährung (2016–2025)“, mit der die Bemühungen zur Beendigung des Hungers und zur Beseitigung von Mangelernährung weltweit verstärkt werden sollen und dafür gesorgt werden soll, dass alle Menschen, gleich wer sie sind oder wo sie leben, Zugang zu gesünderer und nachhaltiger Ernährung erhalten;
- unter Hinweis auf die Freiwilligen Leitlinien des Ausschusses für Welternährungssicherheit (CFS) für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern im Zusammenhang mit der nationalen Ernährungssicherheit (2012) und den Grundsätzen des CFS für verantwortungsvolle Investitionen in die Landwirtschaft und in Ernährungssysteme (2015);
- unter Hinweis auf die Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung und deren enge Verknüpfung und Integration, insbesondere Ziel 1, die Armut in allen ihren Formen überall zu beenden, Ziel 2, den Hunger zu beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung zu erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft zu fördern;
- unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 9. November 2022 mit dem Titel „Gewährleistung der Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit von Düngemitteln“ (COM(2022)0590);
- gestützt auf Artikel 54 seiner Geschäftsordnung;
- unter Hinweis auf die Stellungnahme des Entwicklungsausschusses;
- unter Hinweis auf die Stellungnahme des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit,
- unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen;
- A. in der Erwägung, dass die Russische Föderation am 24. Februar 2022 rechtswidrig in die Ukraine einmarschiert ist und infolgedessen die weltweite Ernährungssicherheit stark beeinträchtigt ist;
- B. in der Erwägung, dass der Krieg gegen die Ukraine und die damit verbundenen beträchtlichen Preissteigerungen bei Betriebsmitteln eine erhebliche kumulative Verzerrung auf den weltweiten Agrar-, Fischerei- und Aquakulturmärkten zur Folge haben, insbesondere auf den Getreide- und Pflanzenölmärkten; in der Erwägung, dass die Nahrungsmittelerzeugung sowie der Zugang zu Nahrungsmitteln nicht gefährdet oder als geopolitische Waffe eingesetzt werden darf;
- C. in der Erwägung, dass aufgrund des Krieges gegen die Ukraine die kritische landwirtschaftliche Infrastruktur, insbesondere Transport- und Lagerinfrastruktur, beeinträchtigt und damit die Verbringung von Lebensmitteln, Futtermitteln und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen eingeschränkt ist;

- D. in der Erwägung, dass sich das Konzept der Ernährungssicherheit laut der FAO nicht auf die Bereitstellung von Nahrungsmitteln beschränkt, sondern auch das international anerkannte Menschenrecht auf Nahrung und Zugang zu gesunder Ernährung für alle umfasst, jedoch kein Menschenrecht so häufig verletzt wird;
- E. in der Erwägung, dass aufgrund der weltweiten Versorgungskrise laut Schätzungen der FAO die internationalen Preise für Lebens- und Futtermittel deutlich über das ohnehin schon hohe Niveau hinaus weiter gestiegen sind; in der Erwägung, dass die Akteure mit ihren Anteilen an der Wertschöpfung in der gesamten Lebensmittelversorgungskette transparenter werden müssen, um Lebensmittelspekulation zu erkennen und vorzubeugen;
- F. in der Erwägung, dass zwar 63 % der Menschen mit niedrigem Einkommen weltweit in der Landwirtschaft tätig sind und die überwältigende Mehrheit von ihnen in kleinen landwirtschaftlichen Betrieben tätig ist, aber viele Menschen von Nahrungsmittelknappheit und Hunger bedroht sind; in der Erwägung, dass die Verfügbarkeit von Lebensmitteln aufgrund von Klima- und Saisonabhängigkeit oder begrenzter Produktion schwankt¹;
- G. in der Erwägung, dass die künftige Ernährungssicherheit in der Europäischen Union unmittelbar mit den Zielen der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ und dem Grünen Deal zusammenhängt; in der Erwägung, dass die kumulative Wirkung der Rechtsvorschriften im Zusammenhang mit dem Grünen Deal nicht zu einem Rückgang der Lebensmittelerzeugung in der EU führen darf, durch den die Ernährungssicherheit in der EU gefährdet werden könnte;
- H. in der Erwägung, dass der Generationswechsel eine der größten Herausforderungen für einen widerstandsfähigen Agrarsektor in der EU darstellt; in der Erwägung, dass vor allem junge Landwirte innovativ und – wenn sie entsprechend motiviert und befähigt werden – bereit sind, Investitionen zu tätigen, mit denen die Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft erhöht werden kann;
- I. in der Erwägung, dass der drastische Anstieg der weltweiten Düngemittelpreise zusammen mit dem starken Anstieg anderer Inputkosten für die Landwirte die Ernährungssicherheit bedroht; in der Erwägung, dass im September 2022 die Preise für Stickstoffdünger im Vergleich zum Vorjahr um 149 % gestiegen sind;

COVID-19-Pandemie und Krieg gegen die Ukraine

1. stellt fest, dass die COVID-19-Pandemie und der russische Überfall auf die Ukraine erneut gezeigt haben, dass die EU ihre Ernährungssicherheit stärken und ihre Abhängigkeit von Einfuhren aus Ländern außerhalb der EU reduzieren muss; begrüßt, dass angesichts der außergewöhnlichen Umstände temporäre Maßnahmen zur Erhöhung der Erzeugung der EU in der Erntesaison 2022/23 beschlossen wurden, die zur Ernährungssicherheit beitragen;

¹ <https://www.ifad.org/en/covid19>

Grüner Deal und Landwirtschaft

2. fordert die Kommission auf, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um den Landwirten Planungssicherheit und Garantien zu bieten, damit die Nahrungsmittelerzeugung in der EU erhalten bleibt und erforderlichenfalls gesteigert werden kann; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass landwirtschaftliche Flächen in erster Linie für die Erzeugung von Nahrungs- und Futtermitteln genutzt werden;
3. stellt fest, dass der europäische Grüne Deal ein Meilenstein beim Übergang der EU zu einer umweltfreundlicheren und nachhaltigeren Wirtschaftsweise sein kann, weist jedoch auf die Gefahr hin, dass viele der daraus entwickelten Maßnahmen negative Auswirkungen auf die landwirtschaftlichen Betriebe und die Ernährungssicherheit in der EU haben könnten, die noch nicht angemessen bewertet wurden; fordert die Kommission auf, eine umfassende Folgenabschätzung der kumulativen Auswirkungen der Legislativvorschläge für den Grünen Deal auf den Agrarsektor der EU vorzunehmen;

EU-Eiweißstrategie

4. fordert die Kommission auf, eine umfassende EU-Eiweißstrategie vorzulegen, die sich einerseits auf die heimische Erzeugung konzentriert, um deren Potenzial voll auszuschöpfen und so unabhängiger von Einfuhren aus Drittstaaten zu werden, und andererseits die Einnahmen aus nachhaltiger Erzeugung weiter absichert;

Neue Züchtungstechniken

5. fordert, dass die EU die Verabschiedung der Rechtsvorschriften für die Anwendung neuer Züchtungstechniken beschleunigt, damit Pflanzen ertragreicher und widerstandsfähiger gegen Klimaveränderungen und neue Krankheitserreger werden, insbesondere vor dem Hintergrund von Dürrekatastrophen und Wassermangel, mit denen immer mehr Länder in der EU konfrontiert sind; hebt hervor, dass durch neue Züchtungsziele Nachhaltigkeit gefördert werden kann, denn ohne Innovation ist nachhaltige Landwirtschaft nicht möglich;

KI und Präzisionslandwirtschaft

6. hebt hervor, dass digitale Technologien und Präzisionslandwirtschaft zukunftsgerichtete Lösungen für Herausforderungen wie etwa das Monitoring der Entwaldung, den Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln oder den Verbrauch von Wasser in der Landwirtschaft bieten können; fordert die Kommission auf, stärker und schneller auf digitale Innovation zu setzen, um die Landwirtschaft der EU zu modernisieren und es den Landwirten zu ermöglichen, ihr Erzeugungspotenzial in vollem Maße zu entfalten und ihr Einkommen im Rahmen des grünen Wandels zu sichern;
7. betont, dass Weltraumdaten und KI-Technologien dabei helfen können, viele wichtige Informationen für die Landwirtschaft zu liefern, hebt jedoch auch hervor, dass die Nutzung dieser Daten nach wie vor sehr begrenzt ist, da sie in den meisten Fällen nicht frei verfügbar oder zu komplex sind, um von landwirtschaftlichen Betrieben oder lokalen Behörden verarbeitet zu werden; fordert, verstärkt auf diese Daten und Technologien

zurückzugreifen, um die Landwirte beim grünen und beim digitalen Wandel zu unterstützen und gleichzeitig die Resilienz der Landwirtschaft der EU zu sichern;

Logistik

8. fordert, dass die EU die Rolle der Logistikzentren als strategisch wichtig anerkennt, da sie ein fester und ergänzender Bestandteil der landwirtschaftlichen Primärerzeugung sind, ohne die die Landwirte und Transportunternehmen die Verbraucher nicht gleichmäßig und bedarfsgerecht beliefern könnten; fordert Investitionen in die Infrastruktur, um den Transport frischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse nachhaltiger zu gestalten;

Pflanzenschutz- und Düngemittel

9. bedauert, dass die Kommission den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in sensiblen Gebieten pauschal untersagen will, was für viele Betriebe eine erhebliche Existenzbedrohung darstellen und zu einer enormen Einschränkung bei der Bewirtschaftung führen würde;
10. begrüßt, dass die Kommission in ihrer Mitteilung über die Sicherstellung der Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit von Düngemitteln (COM(2022)0590) eine Strategie zur Unterstützung der Landwirte bei der Bewältigung der außergewöhnlich hohen Kosten dargelegt hat; ist jedoch der Ansicht, dass die Strategie zwar viele stichhaltige politische Empfehlungen für die mittel- und langfristige Zukunft enthält, jedoch keine ausreichenden Maßnahmen zur angemessenen Unterstützung der Landwirte in der derzeitigen Krise vorsieht, was möglicherweise sehr ernste Folgen für die Ernährungssicherheit hat;
11. fordert die Kommission auf, die Grenzwerte für die Ausbringung von Stickstoffdünger aus Tierdung, z. B. RENURE², in Übereinstimmung mit den Grenzwerten für Düngemittel anzuheben; fordert die Kommission auf, sowohl eine befristete Ausnahmeregelung in Betracht zu ziehen, um die Kosten für Düngemittel kurzfristig zu senken, als auch auf einen langfristigen Rahmen hinzuarbeiten, um die Kreislaufwirtschaft in den landwirtschaftlichen Betrieben zu fördern und die Abhängigkeit von Ressourcen aus Drittstaaten zu verringern;

Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung und Förderung der Bioökonomie

12. bekräftigt, dass Lebensmittelverluste und -verschwendung vermeidbar sind, wenn unter anderem durch gute Hygienepaxis und verbesserte Technologien entlang der gesamten Wertschöpfungskette die Präsenz von Krankheitserregern in Lebensmitteln reduziert und das Wissen um diese Zusammenhänge regelmäßig veröffentlicht wird;

² RENURE: REcovered Nitrogen from manURE

13. fordert die Kommission auf, eine realistische Perspektive für die Biokraftstoffproduktion zu entwickeln, da eine Einstellung der Produktion und damit der Wegfall des Koppelprodukts Eiweiß die Lebensmittelkrise erheblich verschärfen statt zu ihrer Entspannung beitragen würde;
14. ist der Auffassung, dass eine nachhaltig ausgerichtete und gleichzeitig hoch produktive Landwirtschaft, die natürliche Ressourcen wie Boden, Wasser und Wald bewahrt und die Chancen der Bioenergie und Bioökonomie nutzt, zur Ernährungssicherheit beitragen kann;
15. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

BEGRÜNDUNG

Die Gewährleistung der Ernährungssicherheit sollte oberste Priorität haben. Daher sollten die Europäische Union und die Mitgliedstaaten ihrer Verantwortung für die Versorgung ihrer Bürgerinnen und Bürger gerecht werden und gleichzeitig einen Beitrag zur weltweiten Ernährungssicherheit leisten.

Die COVID-19-Pandemie, die Auswirkungen des Klimawandels und die brutale militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine haben die Anfälligkeit der Lebensmittelsysteme der EU offengelegt, die Angst vor einer weltweiten Nahrungsmittelkrise aufkommen lassen und gezeigt, dass die Selbstversorgung mit Lebensmitteln wichtig ist.

Diese Ereignisse machen auch deutlich, dass die Europäische Union in strategischen Bereichen unabhängiger werden muss. Dies gilt auch für die Verteidigung und für die Versorgung mit Energie oder Arzneimitteln. Noch wichtiger ist jedoch, dass die EU in der Lage sein muss, die Erzeugung und Versorgung mit hochwertigen Agrarrohstoffen und damit die Ernährungssicherheit jederzeit zu sichern.

Diese Ziele sollen durch die Steigerung der Kapazitäten für die nachhaltige landwirtschaftliche Erzeugung, die Verbesserung der Vertriebskanäle durch die EU-Lieferketten und die Sicherung der Nahrungsmittelvorräte zur Verhinderung möglicher globaler Nahrungsmittelkrisen erreicht werden.

Die Kommission muss alle ihre zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um das reibungslose Funktionieren des Unionsbinnenmarktes auch in Krisenzeiten zu gewährleisten und alle nichttarifären Hemmnisse im Agrar- und Lebensmittelsektor im Binnenmarkt beseitigen, einschließlich der Beseitigung von Transportengpässen.

Logistik und Transport sind entscheidende Elemente, um die Widerstandsfähigkeit der Lebensmittelversorgungskette zu unterstützen. Der Transport frischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse und die Aufrechterhaltung der Produktions-, Liefer- und Vertriebsketten muss jederzeit gesichert sein und darf nicht durch ungerechtfertigte restriktive Maßnahmen im Binnenmarkt beeinträchtigt werden.

Die Kommission sollte daher zusätzlich finanzielle Unterstützung für die von Preissteigerungen am stärksten betroffenen Wirtschaftszweige vorschlagen und gezielte Maßnahmen ergreifen, um den Landwirten zu helfen, die Auswirkungen des drastischen Anstiegs der Düngemittelpreise abzufedern. Die Stilllegung von fruchtbaren Flächen sowie ungezielte Verbote des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln sind angesichts der aktuellen Versorgungskrise und steigender Inflation unverantwortlich.

Ernährungssicherheit und die Widerstandsfähigkeit der Landwirtschaft in der EU hängen in hohem Maße von der Verfügbarkeit von Wasserressourcen ab, die in Europa knapper werden. Dieses Problem sollte für die EU ein zusätzlicher Grund sein, sich auf neue Technologien im Sinne einer nachhaltigen Landwirtschaft zu konzentrieren. Ob digitale Technologien, neue Züchtungstechnologien, Agrarforstsysteme – künftige Herausforderungen brauchen eine umfassende Strategie im Bereich Präzisionslandwirtschaft und Ressourcenschutz.

Die Landwirtschaft der EU sollte weiterhin Garant für eine nachhaltige Produktivität durch den bestmöglichen Einsatz von Produktionsfaktoren und die Nutzung des technischen Fortschritts sein, damit für die Sicherheit der Nahrungsmittelversorgung, angemessene Preise für die Verbraucher und ein gerechtes Wirtschaftswachstum in ländlichen Gebieten gesorgt wird.